

Rede von Project Shelter– demonstration 19 September 2015

Am 17. September stellten Innenminister De Meziere und Schmidt, Ex-Präsident des BAMF die neuen Vorschläge zur Asylrechtsverschärfung vor und gaben uns damit einigen Anlass zur Ohnmacht. Allerdings darf dieser Zustand nicht allzu lange anhalten, denn statt Lähmungserscheinungen und Passivität sind gerade jetzt Entschlossenheit und zielgerichteter Aktivismus gefragt!
Sollte der Gesetzesentwurf Wirklichkeit werden ändert sich für die Betroffenen einiges- zum schlechteren.

Vom unsäglichen Dublin III betroffene Menschen werden mit einem Essenspaket und einer Rückfahrkarte in das Land ihrer Registrierung abgefertigt. Wo vorher wenigstens ein kleiner Geldbetrag und der Anspruch auf einen Schlafplatz auf sie wartete, droht jetzt die Anordnung sich in mitten dieser Katastrophe in ein Land wie Ungarn zurückzubewegen, wo nichts sicher ist, außer dass unschuldige Menschen den brutalsten Verhältnisse schutzlos ausgeliefert sind!

Tausende Menschen, auch diejenigen, welche die Zivilbevölkerung hierzulande an den Bahnhöfen in Empfang genommen hat, wären davon betroffen.

Konkret und in Deutschland würde die Gesetzesänderung vor allem eines bedeuten: Obdachlosigkeit und Verelendung von unzähligen. Es würde bedeuten, dass Geflüchtete aus den sogenannten "sicheren Herkunftsländern" gezwungen wären auf unbestimmte Zeit in den Erst-Aufnahme Einrichtungen zu verharren, bis sie nach Absitzen ihrer Zwangswartezeit in die Staaten ihrer Registrierung abgeschoben würden. Eine Umsetzung der Verschärfungen hieße auch, dass die Familien Schutzbedürftiger dauerhaft jegliche Haftung für die Versorgung ihrer Verwandten übernehmen müssten und es somit für Familien mit wenig Geld geradezu unmöglich würde Mitglieder nach Deutschland zu holen.

Im Falle einer drohenden Abschiebung musste diese bisher einen Monat zuvor angekündigt werden. Dank der Verschärfung, könnte ein Datum bis zum Tag X geheim gehalten werden. Das würde es zum einen für Unterstützer*innen fast unmöglich machen rechtzeitig einen Protest und geeignete Strategien auf die Beine zu stellen um die Gesundheits- und Persönlichkeits-bedrohende Maßnahme zu stoppen; zum anderen würde es für uns Alle, vor allem aber für die Betroffenen noch mehr schlaflose Nächte bedeuten, in denen sie jederzeit gänzlich ohne Schutz und Zeug*innen der staatlichen Autorität ausgesetzt wären und damit rechnen müssten, dass unbekannte Menschen in ihre direkte Privatsphäre eindringen und sie mit Gewalt dazu zwingen könnten ihre „Ausreise“ anzutreten.

Statt des bisherigen Mindestbetrages, der dem Asylbewerberleistungsgesetz entnommen worden war, soll es in den Flüchtlingsunterkünften zukünftig nur noch Sachspenden geben. Bundespolizist*innen sollen an den Landesgrenzen für die Beurteilung Verantwortung tragen, ob jemand Asyl beantragen können darf oder ob die Gefahr eines „Ausnutzen deutscher Sozial-Leistungen“ vorliegt. Man fragt sich: Von welchen „Leistungen“ ist überhaupt die Rede und um welche Wahnwitzigkeit handelt es sich eine solche Aufgabe gerade an *diese* Berufsgruppe abzuwälzen!

All dies führt zu Sprachlosigkeit und stiller Wut. Bleibt uns nur die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen! In nächster Zeit gilt es alles daran zu setzen, die Verschärfungen bestenfalls abzuwenden, in dem wir zeigen, dass sie nicht von uns getragen werden. Und, wenn sie dennoch durchgehen, alles daran zu setzen, sie gleich wieder zu Fall zu bringen! Eines von beidem kann nur funktionieren, wenn wir uns entschieden gegen diese Unmenschlichkeit zur Wehr zu setzen! Parallel dazu müssen wir unsere Kräfte bündeln und unsere Aktivität besser vernetzen. Wir müssen unbeirrt weitermachen, fortfahren Geflüchtete und Migrant*innen nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu unterstützen und ihnen soweit es uns möglich ist zu einem sichereren Leben zu verhelfen.

Project Shelter wurde im Januar diesen Jahres gegründet, weil die Not auf den Straßen Frankfurts nicht mehr zu übersehen war. Aus privater Vermittlung von Schlafplätzen ist Gemeinsam – von Refugees, migrants und supporterinnen aus Frankfurt die Idee des „Shelters“ entstanden- ein Ort in dem Unterbringung, Schutz, die Deckung der Grundbedürfnisse und das Wirklichkeit werden kann, was einige wohl als „Integrationsperspektive“ bezeichnen würden, wir allerdings lieber ein „solidarisches Miteinander“ nennen. Bisher ergab es sich, dass wir überwiegend mit Menschen zusammen gearbeitet haben, die in keinem regulären Asylverfahren in Deutschland sind, sondern entweder einen Aufenthaltsstatus in einem anderen EU-Land besitzen oder aber mal in Besitz dessen waren, ihn wieder verloren haben und sich nun illegalisiert und durch alle staatlichen Raster fallend auf Frankfurts Straßen befinden.

Deshalb geht es uns nicht zuletzt darum einen längst fälligen Minimalkonsens durchzusetzen: In einer Stadt wie Frankfurt darf und kann niemand in die Obdachlosigkeit gezwungen werden, weil diese Stadt dafür schlichtweg zu reich ist. Frankfurt beinhaltet alles nötige an Raum, Geld und gesellschaftlichem Klima um gemeinsam für ein Shelter kämpfen zu können und neue Perspektiven der politischen Arbeit zu entwickeln.

Werden die Entwürfe zu Gesetzen, so können wir uns aber – auch hier in Frankfurt - auf einen Schrecken gefasst machen, den auch noch so hartgesottene Ignorant*innen nicht mehr weg ignorieren können: Massenhafte Obdachlosigkeit von Menschen, die in Europa momentan mehr sehen, als es die meisten von uns hier lebenden noch können und hierherkamen in dem ehrlichen Glauben Schutz zu finden.

Sie kommen an, hier in Frankfurt und an vielen anderen Orten und sie werden- wie es so schön heißt- willkommen geheißen. Aber es ist jetzt wichtig sich nicht instrumentalisieren zu lassen!

Es ist derselbe Staat, der uns in unserer Arbeit lobt, sagt, er wäre angewiesen auf uns, weil die Ressourcen knapp und die Ankunft der Flüchtlinge eine Überraschung gewesen seien - derselbe Staat ist es, der nun aus einem historischen Vorstoß in die scheinbar richtige Richtung eine traurige Farce werden lässt!

Warum sich also bei einem Staat bedanken, der dafür sorgt, dass sich

unsere Sorgen bzgl. der Obdachlosigkeit Schutzbedürftiger binnen weniger Tage verzehnfachen könnten auf Grund verzehnfachter Betroffenheit? Warum sich bei einer Stadt bedanken, die vorgibt den Frankfurter Hbf im Griff zu haben, wenn sich doch täglich wenige Aktivist*innen gemeinsam mit der Feuerwehr die Nacht um die Ohren schlagen und mit so grundlegenden Problemen wie der Qualität der Decken beschäftigt sind, die aufgrund ihrer Beschaffenheit niemandem nützen, wo sie sich doch zeitgleich mit so viel komplexeren Themen beschäftigen müssen, wie zum Beispiel damit, wie eine schwangere Frau woanders, als auf dem kalten frankfurter Marmorboden ihr Kind gebären kann.

Abschließend lässt sich sagen, dass wir heute- mehr denn je- Räume brauchen! # Shelternow hat seine Dringlichkeit und seine Berechtigung; alle Initiativen und Einzelpersonen, die momentan in Frankfurt und anderswo aktiv sind, wissen aus erster Hand, dass große Herausforderungen in der Arbeit für und mit Geflüchteten und Migrant*innen uns soviel abverlangen, dass wir nicht genügend Räume und Räumlichkeiten haben könnten, um uns und unsere Arbeit zu organisieren! Momentan mangelt es uns an beinahe allem und, wenn sich staatliche und andere Strukturen weiterhin weigern uns zur Verfügung zu stellen was wir nicht mehr entbehren wollen, dann müssen eben andere Maßnahmen ergriffen werden. Für ein und mehrere selbstverwaltete migrantische Zentren! In Frankfurt und überall sonst!!!!

English:

On the 17th of September the Minister of Interior De Meziere and Schmidt, Ex-President of the BAMF, introduced the proposals for new restrictions of the Asylum-Seeker-Benefit Act, that led to a reaction of pure shock for many of us.. But we cannot linger too long in these feelings of helplessness, because instead of sudden paralysis and passivity, it is determination and direct activism that we need right now!

When the proposed legislation should become a reality, a lot will change for those affected- and not for the better.

Those that are affected by Dublin III would be sent back on the spot to the country where they were first registered. Where before a small amount of money and a sleeping place was awaiting them, they would now be forced - in the midst of this catastrophe- to move back to a country like Hungary, where the only certainty is that of being left to their own defenses against the brutal violence and ignorance of the State.

Thousands of people, including those that local citizens have welcomed at the stations in the last few weeks, would become a victim of these regulations.

Concretely the changes of the law within Germany would mean homelessness and the destitution of countless innocent people. It would mean that refugees from the so called 'safe countries of origin' would be forced to sit out their time at the initial reception centers, only then to be deported to the first country of registration. The implementation of these new proposals would also mean that the families of refugees would have to

take complete care of the costs of their family members, for a unlimited amount of time, meaning that it will become impossible for families with little financial resources to bring their family members to Germany.

Until now it was the rule that a deportation had to be announced one month beforehand. Thanks to the restrictions, the date would be kept secret until the last moment. This would, first of all, make it almost impossible for supporters to organize protest and create strategies to stop these health- and life threatening measures... But mostly it would mean a lot of sleepless nights for all of us, especially for those that are facing the threat of deportation themselves. Suffering sleepless nights where they would be without any protection and witnesses of the state authorities. Confronted with the constant threat of strange people invading their privacy and violently forcing their departure out of Germany.

Instead of the minimal amount of pocket money that the Asylum Seekers Benefit Act provided until now, the current plan is to only give out physical donations at the refugee shelters. Federal police officers at the state's borders would become responsible for assessing whether someone can apply for Asylum or if there is an existing risk of exploitation of the German social services. One may wonder: what services are they actually speaking of and what madness it is to give, of all people, this serious responsibility to this specific group.

All of this leaves us with no words and a silent rage. But the least we can do is to draw the right conclusions from it! In the coming weeks everything possible should be done to ward off the planned restrictions. And then, if the new legislation would be passed, to bring it to its fall again! Either way, it can only be done when we decide to fight against these inhumanities together. We need to combine our strengths and improve the networking and coordination of our activities. With confidence, we have to continue to support refugees and migrants in line with their needs and wishes; to assist them, as far as possible, to reach a sense of security and stability in their lives again.

Project shelter was founded in January this year, after the situation on the streets of Frankfurt became more critical day after day. Together, refugees, migrants and supporters came with the idea of a self-organized Shelter. A place that would function as a first refuge for those seeking it; providing a place to sleep, safety, orientation and covering the basic human needs – and that what some would call ‘integration perspectives’, but we would like to call living together in solidarity.

Until now it happened to be that we mostly worked together with people that are not going through the regular asylum procedures in Germany. They either had a residential status in another EU-country or lost any previous statuses and were illegalized - falling through the cracks of the system and ending up homeless on the streets of Frankfurt.

Therefore we should be able to at least agree about the fact that in a city like Frankfurt, no one should be forced into homelessness, even only for the fact that this city is simply too rich to allow something like that to

happen. Frankfurt has the needed spaces, money and social climate, enabling us to fight together to create new perspectives of political work.

If these proposals turn into laws, we can - even here in Frankfurt - be prepared for a horror that even the most hard headed people can no longer ignore: Massive homelessness will affect exactly those, who, unlike most of us that already live here, actually DO believe in the idea of Europe and came here with their honest beliefs in the hope of finding protection.

They arrive here and elsewhere, and are being welcomed by many. But it is important not to let ourselves be instrumentalized.

It is the same state, that praises us for our work, that says they are relying on us, claiming that the “scare” recourses and the arrival of refugees was a surprise ... it is that same state that made a decision that could have been of a historical outreach, and is letting it turn into a sad farce.

Why thank ***that*** State, that will be responsible for immensely increasing our worries concerning homelessness of those seeking safety, because of the at least ten times higher amount of people that will be affected? Why thank the city, that claims to have the situation at the central station under control, when day after day activists, together with the ‘Feuerwehr’, have to deal with such problems as the quality and lack of the blankets, when at the same time they are trying to prevent a pregnant woman from giving birth on the cold marmer floors of Frankfurt.

Today, more than ever, we need free spaces! #Shelternow has its urgencies and justification: all initiatives and individuals that are currently active in Frankfurt and other places, know from the first hand that the challenges of working for and with refugees and migrants leaves us with little capacities and time to further organize ourselves and our work. Momentarily we are lacking most of the resources that are needed, and when state institutions and other structures further on refuse to provide us with that what we can no longer bear to go without, then we need to start taking different measures.

For one, and many more self-organized migrant centers! In Frankfurt and everywhere else!